

Leerer Zeitungsständer

Streit um den Goethe-Lesesaal
im nordkoreanischen Pjöngjang

Der Diktator ist verschupft, das nordkoreanische Volk sieht sich in seinem Stolz und seinen Gefühlen verletzt. Und das alles wegen ein paar Zeitungen. Die liegen seit drei Jahren im Lesesaal des Goethe-Informationszentrums in Pjöngjang aus. Wer hier herein will, muss vorbei an den ewig wachsamen Augen der Geheimdienstmitarbeiter. Meist sind es ein paar Medizinstudenten, die irgendwann in Deutschland arbeiten wollen – sorgsam vom Staat ausgesuchte Privilegierte auf Bewährung.

Vor drei Jahren stand Jutta Limbach, die Präsidentin des Goethe-Instituts, an dieser Stelle und wünschte sich, man werde „trotz der 7000 Kilometer und der Geistessysteme, die uns trennen, eine Nachbarschaft des Geistes miteinander begründen.“ Schon damals verstand niemand so recht, wie man eine gute Nachbarschaft des Geistes mit einer Diktatur schließt. Doch das Goethe-Institut wollte sich als Eisbrecher betätigen, nach dem Motto: Wir machen den Weg frei für eine Zukunft des Dialogs. Als einziges Kulturinstitut weltweit kam Goethe mit einer Vertretung nach Nordkorea.

Nun ist die Eiszeit zurückgekehrt. Plötzlich sind Publikationen wie *Spiegel*, *Zeit* oder *Süddeutsche* aus dem Lesesaal verschwunden, obwohl sie den nordkoreanischen Machtapparat kaum zum Einsturz bringen könnten. Durchschnittlich drei Studenten kommen am Tag. Im Winter bleiben die 4 100 Bücher und Medieneinheiten im heizungslosen Institut verwaist, im Sommer ist es unerträglich schwül, eine Klimaanlage fehlt.

Hinter verschlossenen Türen hat das Auswärtige Amt heftig darauf gedrängt, die Zeitungen wieder frei auszuliegen – dies sei Teil des Vertrags. Umgekehrt gibt sich Nordkorea stur. Man wolle mehr Platz schaffen für technische und wissenschaftliche Publikationen, sagt Frau Hong Song Ok, Vorsitzende der Koreanisch-Deutschen Freundschaftsgesellschaft. Das ist Blödsinn. Die Zeitungen hingen an einer Art Garderobenständer und nahmen nicht einmal einen Quadratmeter ein. Die Nordkoreaner haben sie nie gewollt, ihre Existenz galt als Akt der Subversion in einem Land, in dem nichts so gut funktioniert wie die Zensur.

Der jetzige Streit hat eine ganz einfache Ursache. Im letzten Oktober hatte der ehemalige Goethe-Leiter in Seoul und jetzige Goethe-Mann in Tokio, Uwe Schmelzer, einer japanischen Zeitung ein Interview gegeben. Dabei soll der joviale, in der gesamten Region beliebte Rheinländer den Lesesaal in Nordkorea, den er selbst mit großem Engagement überhaupt erst möglich gemacht hat, als eine Art antikommunistische Speerspitze dargestellt haben – im völlig entstellten Zitat eines konservativen Kampfblattes.

Gut denkbar, dass sich nun profilierungssüchtige Apparatschiks des Goethe-Saals entledigen wollen, indem sie die angebliche Provokation nutzen. Jutta Limbach hatte in Pjöngjang gesagt, der Lesesaal sei ein Experiment, er werde wieder geschlossen, wenn nicht allen Bürgern freier Zugang gewährt wird: „Wir vertrauen auf die sanfte Kraft der Kultur.“ Dieses Vertrauen ist jetzt gefragt.

WERNER BLOCH

Es geht Angst um in der Türkei. „Wir wollen nicht zurück zur Scharia“, riefen Millionen Demonstranten letzten Monat. Es ist die Angst vor der regierenden AKP, deren Führern viele nicht glauben wollen, dass sie sich wirklich gewandelt haben, dass sie ihre Vergangenheit als Islamisten abgelegt haben. Die AKP-Gegner nennen sich Verteidiger der säkularen Republik. Das Feld auf dem sie ihre Schlacht bevorzugt führen, ist die Frauenfrage. Außenminister Abdullah Gül genießt bei seinen europäischen Kollegen einen Ruf als kompetenter und liberaler Politiker. Warum durfte er nicht Präsident werden? Weil seine Frau ein Kopftuch trägt. Die Demonstration in Istanbul war so sehr Frauensache, dass die liberale Zeitung „Radikal“ hernach titelte: „Frauenpower“, und eine Kolumnistin berauscht eine Allianz der „säkularen Frauen und der Generäle“ beschwor. Auch Ayaan Hirsi Ali mischte sich ein, aus Washington, und beschwor die Europäer, dem türkischen Militär bei seinen Putschereien zur Hand zu gehen. Warum? Diese Armee sei „dazu geschaffen worden, die Demokratie vor dem Islamismus zu schützen.“

Hinter Ghana und Sudan

Die türkische Republik ist ein Reich vieler Mythen. Die meisten ranken sich um Mustafa Kemal Atatürk (1881-1938), den visionären Gründer dieser Republik, und um sein Erbe, dessen Deutungshoheit eine Gruppe Hohepriester und Jünger an sich gerissen hat, die man „Kemalisten“ nennt. Ein zentraler Gründungsmythos ist der von der Befreiung der Frau. Atatürk, so die Legende, habe die Türkei zu einem Vorreiter in Sachen Frauenrechten gemacht, ein Land, das beispielhaft der Moderne zugewandt bleibt, solange nur die Kemalisten in ihren verschiedenen Inkarnationen das Heft in der Hand halten. Und die AKP? Die ist der schwarze, frömmelnde Ritter, der Feuer legt ans Gerüst der Republik und die Frau zurück ins islamische Mittelalter schleppen will. Soweit das Bild der Kemalisten.

Und jetzt die Fakten. Atatürk hat die Polygamie abgeschafft und die Scharia-Gerichte durch europäische Gesetzbücher ersetzt. Er schenkte den Frauen das Wahlrecht (auch wenn es in seinem Einparteienstaat nicht wirklich etwas zu wählen gab). Noch zu seinen Lebzeiten erlebte das Land seine erste Ärztin, seine erste Pilotin. Seine Reformen waren nicht weniger als eine kulturelle Revolution. Auf Atatürk also können seine Erbwalter stolz sein. Und auf sich selbst?

Mehr Fakten. Das Weltwirtschaftsforum WEF veröffentlichte 2006 einen „Index über die Kluft der Geschlechter“. Die Türkei landete auf Platz 105 von 115. Noch hinter Indien, Ghana und Burkina Faso. Von 550 Parlamentariern sind im Moment 24 Frauen. Macht vier Prozent und damit Platz 114 von 119. Sogar der Sudan schneidet besser ab. „Es ist eine Schande“, sagte die Frauenaktivistin und TV-Journalistin Semiha Öztürk der SZ: „In fast acht Jahrzehnten haben wir



Achtzig Jahre Stillstand für türkische Frauen

Foto: Petit Tesson/pa/maxppp

keinen Fortschritt gemacht.“ Jahrzehnte, in denen fast ununterbrochen die Kemalisten das Sagen hatten.

Es kommt noch besser: Die Republik musste ausgerechnet bis zur Machtübernahme durch die verteuerte AKP warten, bis sie ihren zweiten großen Durchbruch bei den Frauenrechten seit Atatürk erleben durfte. Und all die Jahrzehnte dazwischen? Waren Jahre der Stagnation, in denen die Errungenschaften der Gründerjahre kaum über die Grenzen der großen Städte hinaus diffundierten, und in denen die kemalistischen Patriarchen in Ankara und Istanbul sich weiterhin Gesetze gönnten, die sich lasen als sei-

en sie anatolischen Clanchefs zum Gefallen geschrieben worden. Noch im Jahr 1987 konnte ein Richter einer misshandelten Schwangeren die Scheidung mit dem alten Sprichwort verweigern: „Frauen soll man nie ohne ein Kind im Bauch und ohne Prügel im Rücken lassen.“ Es sollte bis zum Jahr 2004 dauern, bis es zur Neufassung des Strafgesetzbuches kam – der „radikalsten Reform seit der Abschaffung der Polygamie“. So sieht es der unabhängige Thinktank European Stability Initiative ESI, der in Berlin, Brüssel und Istanbul zuhause ist. ESI zeichnet in seiner spannenden neuen Studie, „Geschlecht und Macht in der Tür-

kei“ (nachzulesen unter www.esi-web.org) all die Irrungen der türkischen Frauenbewegung seit der Gründung der Republik 1923 nach – und geht dabei die Mythen der Kemalisten frontal an. „2004 ist Erstaunliches passiert“, sagt ESI-Chef Gerald Knaus: „Plötzlich siehst du die Kraft der Demokratie am Werk.“

Für den Beobachter ist das eigentlich Erstaunliche, noch einmal nachzulesen, welche Gesetze in der Türkei bis vor nicht einmal drei Jahren tatsächlich in Kraft waren. Jene Klausel zum Beispiel, die für den Mörder einen Nachlass von sieben Achtel seiner Strafe vorsah, wenn sein Opfer sich „illegitimer sexueller Handlungen“ strafbar gemacht hatte: Wenn ein Mädchen also zum Beispiel Sex vor der Ehe gehabt hatte. Oder jene Bestimmung, wonach die Entführung einer unverheirateten Frau mit bis zu drei Jahren Gefängnis, die Entführung einer verheirateten Frau jedoch mit mindestens sieben Jahren bestraft wurde.

Zwei Vorstellungen lagen dem zugrunde: Frauen sind erstens der Besitz des Mannes, und Sexualdelikte sind zweitens viel mehr ein Verbrechen gegen die Ehre der Familie als ein Verbrechen gegen ein Individuum. Zum exemplarischen Vertreter dieser Geisteshaltung wurde noch 2003 ein Berater des Justizministeriums namens Dogan Soyaslan, der auch fürs neue Strafgesetz die alte Bestimmung übernehmen wollte, wonach ein Vergewaltiger straffrei ausgeht, wenn er sein Opfer heiratet: Wer sonst, so Soyaslan, würde die arme Frau heiraten, wo sie doch keine Jungfrau mehr ist. Dass Soyaslan, hinterher im Fernsehen befragt, ob er eine solche Ehe auch seiner eigenen Tochter zumuten wolle, entfuhr: „Nein, aber ich bin doch anders – ich bin ein Professor“, spricht Bände über eine vor allem in der alten Elite verbreiteten Geisteshaltung. Dass hernach alles anders kam, wirft ein Schlaglicht darauf, welchen Wandel die Türkei durchmacht

Schock für die Säkularen

Die ESI-Studie zeichnet das Entstehen des neuen Strafgesetzbuches als Beispiel dafür, wozu Demokratie in ihren besten Momenten fähig ist. Die frisch an die Macht gekommenen AKP war ja an der Spitze ebenso ein Patriarchenverein wie die alten Parteien; es war ihr nicht in die Wiege gelegt worden, das liberalste Strafgesetzbuch zu verabschieden, das die Türkei jemals gesehen hatte. Mehreres kam zusammen: Der Druck der EU. Die verblüffend effiziente Lobbyarbeit von Frauengruppen. Und die Bereitschaft der AKP, sich auf all das einzulassen.

„Wir im Unterausschuss spürten ständig, dass die Gesellschaft uns im Nacken saß“, erzählt der AKPler Bekir Bozdogan: „Die Frauengruppen, die Presse.“ Am Ende stand ein Gesetzbuch, das erstmals Vergewaltigung in der Ehe ebenso verfolgt wie Diskriminierung gegen unverheiratete oder nicht-jungfräuliche Frauen. Für die Türkei war das „eine juristische und philosophische Revolution“, so die ESI-Studie. Ein Sieg für die Frauen wie für die Demokratie.

Die AKP beließ es nicht dabei: Sie ließ die Gleichstellung von Mann und Frau in die Verfassung schreiben und richtete später einen parlamentarischen Ausschuss zur Untersuchung von Ehrenmorden ein – den ersten in der Geschichte der Republik. Nun mag man annehmen, dass die AKP sich gerade deshalb des Themas so angenommen hat, weil sie ahnte, dass sie hier den schärfsten Beschuss zu erwarten hatte.

Fakt bleibt: Sie hat getan, was ihre kemalistischen Vorläufer mehr als ein halbes Jahrhundert lang versäumt haben. Natürlich ist es noch immer ein weiter Schritt vom Gesetzesblatt zur Wirklichkeit. Aber auch wenn man sich die gewaltigen verbleibenden Probleme ansieht, die anatolischen Landstriche, wo Gewalt für Frauen Alltag ist, wo Mädchen nicht registriert werden, damit man sie nicht in die Schule schicken muss, wo Frauen mancherorts nicht allein aus dem Haus dürfen, kann man nicht umhin, mit dem Finger auf die alte Elite zu zeigen: Hat sie sich doch jahrzehntlang in ihrem Wohl-

ANZEIGE

Stadt	GRAZ	Kultur
New York hat es, San Francisco hat es, Bochum hat es: ein Lied über die Stadt. Graz hat fast alles, nur kein Lied.		
Die Stadt Graz sucht ein zeitgemäßes Lied über Graz. Wettbewerbsbedingungen unter: www.kultur.graz.at		

stand und in ihrer Arroganz in den Städten eingeigt und das Hinterland sich selbst überlassen, hat die Landsleute arm und rückständig gescholten und selbst dazu beigetragen, dass sie es blieben.

Bleibt die Frage: Woher die kuriose Kluft zwischen den Parolen der Demonstranten und der türkischen Wirklichkeit? Ihre Furcht vor dem Islam mache viele „blind für den Wandel in der Gesellschaft“, heißt es in der ESI-Studie. „Auf der politischen Ebene ist es Hysterie, die für den Machtkampf geschürt wird“, glaubt ESI-Chef Gerald Knaus. Und bei den Bürgern? „Viele Wähler der AKP sind für die urbanen Säkularen natürlich ein Schock. Ich verstehe ja, dass die Leute im reichen Istanbuler Stadtteil Kadıköy erschrecken angesichts des Gedankens, dass die Leute im ostanatolischen Van mitreden sollen, wie sie zu leben haben“, sagt Knaus: „Aber gerade deshalb müssten die Bürger von Kadıköy doch dankbar sein, dass die AKP diese archaischen Kräfte aufnimmt und in Richtung Europäisierung und Modernisierung kanalisiert.“ Knaus sieht letztlich nur zwei Wege: Auf der einen Seite den demokratischen Prozess wie 2004. Auf der anderen Seite den der „autoritären Feministinnen, die sich erfreuen an Frauenrechten, die das Geschenk eines großen alten Mannes sind.“ Und die in den Generäle Verbündete sehen. Knaus: „Wenn diese Seite sich durchsetzt, dann geht in diesem Land auch alles andere schief.“

KAI STRITTMATTER